

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX 2B 487/68

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Moshe M [REDACTED],

[REDACTED]/Israel, P [REDACTED] Straße [REDACTED].

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land Nordrhein - Westfalen,

vertreten durch den Regierungspräsidenten in Köln,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Mai und der Bundesrichter Dr. Graf, von der Mühlen, Zorn und Henkel

in der Sitzung vom 15. Dezember 1970
beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 11. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 31. Januar 1968 wird verworfen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

G r ü n d e

Der Kläger war im Verfahren vor dem Landgericht von Rechtsanwalt E. [REDACTED] und im Berufungsverfahren von Rechtsanwalt M. [REDACTED] vertreten. Beide Prozessbevollmächtigten sind beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg, aber nicht beim Berufungsgericht als Rechtsanwälte zugelassen. Der Kläger hat dagegen, daß im Urteil des Berufungsgerichts die Revision nicht zugelassen worden ist, sofortige Beschwerde eingelegt. Die Rechtsmittelschrift wurde am 12. August 1968 beim Berufungsgericht eingereicht. Sie enthält im Briefkopf die Angabe "Ottharich M. [REDACTED], Rechtsanwalt, zugelassen beim Hanseatischen Oberlandesgericht ..." und ist unterzeichnet "Für den Kläger/Beschwerdeführer: i. V. Eberhard M. [REDACTED], Rechtsanwalt".

- 3 -

Der Prozeßbevollmächtigte des Klägers wurde darauf hingewiesen, daß nicht ersichtlich ist, ob Rechtsanwalt MÜ[REDACTED] damals beim Berufungsgericht als Rechtsanwalt zugelassen oder nach § 53 Abs. 1, 2 BRAO zu seinem allgemeinen Vertreter bestellt war. Er hat mitgeteilt, Rechtsanwalt MÜ[REDACTED] sei amtlich bestellter Vertreter des beim Hanseatischen Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalts M[REDACTED] gewesen.

Die Beschwerde ist unsukzessig.

Nach § 224 Abs. 4 ZPO besteht in der Revisionsinstanz uneingeschränkt Anwalterzwang mit der Maßgabe, daß sich die Parteien auch durch einen beim Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen können. In Vertretung des bevollmächtigten Rechtsanwalts M[REDACTED] hat Rechtsanwalt MÜ[REDACTED] die Rechtsmittelschrift unterzeichnet. Aus der Mitteilung des Prozeßbevollmächtigten vom 7. Dezember 1970 ergibt sich, daß Rechtsanwalt MÜ[REDACTED] nicht beim Berufungsgericht als Rechtsanwalt zugelassen ist und auch nicht nach § 53 Abs. 1, 2 BRAO zum Vertreter des Rechtsanwalts M[REDACTED] bestellt war. Die Bestellung zum Vertreter eines anderen beim Hanseatischen Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalts konnte ihn die anwaltlichen Befugnisse des Prozeßbevollmächtigten im Verfahren vor dem Berufungsgericht nicht



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
([mobile App](#))



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

verschaffen. Rechtsanwalt MU[REDACTED] konnte daher die Revisionszulassungsbeschwerde beim Berufungsgericht nicht wirksam einlegen. Deshalb wird das Rechtsmittel verworfen.

Mai

Henkel